

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.- M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gelbte Kolonnen-Zeile 60 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brey. Druck von C. A. S. Reiffers & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß 3002

Die Lohnbewegungen

des Verbandes hatten im Jahre 1916 erfreuliche Erfolge. Es wurden in 630 Betrieben solche Bewegungen geführt. 103377 Personen waren daran beteiligt. 94691 davon erhielten eine Lohnerhöhung. Für alle zusammen beträgt diese 225 602 Mark für die Woche, das sind 11,7 Millionen Mark für ein Jahr. Aber es gibt immer noch Arbeiter, die da meinen: der Verband nützt ja doch nichts! Die sollten aus solchen Zahlen klug werden. + + + +

Unsre Lokalkassen im Jahre 1916.

Unsre Lokalkassen haben unter den Wirkungen des Krieges viel schwerer gelitten als die Hauptkasse. Ihre Einnahmen gingen in demselben Verhältnis oder noch mehr zurück, ihre Ausgaben dagegen fielen weniger. Die Hauptkasse wurde durch Wegfall der Ausgaben für Unterstützung bei Streiks und Maßregelungen und Rückgang der Ausgabe für Unterstützung Arbeitsloser entlastet, die Lokalkassen konnten eine gleich starke Entlastung nicht erfahren, weil ihre Ausgaben zum weitaus größten Teil für Verbandseinrichtungen und Maßnahmen aufgewendet werden, die auch in der Kriegszeit aufrechterhalten oder fortgeführt werden müssen. Gewiß ist an den Ausgaben für die Verwaltung und für manche andere Zwecke auch gespart worden, aber doch nicht genug, um das Sinken der Einnahmen auszugleichen. So weit ließ sich die Sparbarkeit auch gar nicht treiben. Eine ganze Reihe von Einrichtungen mußte im alten Umfange fortgeführt, andre sogar erweitert oder neu geschaffen werden. Auch die persönlichen Verwaltungskosten ließen sich nicht mechanisch den Einnahmen anpassen. Bei dieser Gelegenheit soll jedoch ausdrücklich gesagt werden, daß es selbstverständlich eine Pflicht der Zahlstellenleitungen ist, die Herabminderung der Ausgaben anzustreben, soweit das ohne Schädigung des Verbandes möglich ist. — Wie stark die Einnahmen in der Kriegszeit zurückgegangen sind, zeigen folgende Zahlen.

Table with 5 columns: Description, 1913 M., 1914 M., 1915 M., 1916 M. Rows include Anteil der Wochenbeiträge, Aus Lokalkassenbeiträgen, Sonstige Einnahmen, Gesamteinnahme, and Bestand.

Im Berichtsjahre 1916 betrug die Gesamteinnahme weniger als die Hälfte von der des Jahres 1913. Besonders stark ist der Rückgang der Einnahmen aus dem Anteil an den Wochenbeiträgen. Die Einnahme aus Lokalkassenbeiträgen ist etwas weniger gesunken, weil vielfach eine Erhöhung dieser Beiträge vorgenommen wurde. Der Posten „Sonstige Einnahmen“ ist in den Kriegsjahren höher als im Jahre 1913. Das ist jedoch kein erfreuliches Zeichen, sondern eher das Gegenteil. Unter dieser Sammelgruppe befinden sich nämlich die Zuschüsse, die die Lokalkassen aus der Hauptkasse erhielten. Das Ansteigen dieser Einnahmen beweist also nur, daß die Lokalkassen mehr als früher bei der Hauptkasse borgten.

Die Ausgaben der Lokalkassen stellten sich wie folgt:

Table with 5 columns: Description, 1913 M., 1914 M., 1915 M., 1916 M. Rows include Unterstützung an Mitglieder, Agitation am Orte, Kartellbeiträge, Verwaltung (persönl. u. sachliche), Bibliothek, Sonstige, and Gesamtausgabe.

Die Ausgaben sind, wie diese Zusammenstellung ausweist, in den Kriegsjahren dauernd gesunken. Im Jahre 1914 allerdings erst wenig, weil sich in den 5 Kriegsmontaten wesentliche Ersparnisse nicht mehr machen ließen. Die beiden vollen Kriegsjahre dagegen zeigen einen sehr erheblichen Rückgang der Ausgaben. Und zwar erstreckt er sich auf alle Positionen mit Ausnahme der letzten, die ein Steigen zeigt. Diese enthält jedoch die Zuschüsse an die Hauptkasse sowie Summen, die der Hauptkasse in den ersten Kriegsmontaten überwiesen wurden, als die Belastung derselben sehr stark war. Geradezu bedenklich stark gesunken sind die Ausgaben für die Agitation. Es muß hierzu ernstlich gefragt werden, ob an diesem Posten nicht allzusehr gespart wurde. In den ersten Kriegsmontaten war allerdings die fast völlige Einstellung der Werbearbeit begründet, inzwischen haben sich jedoch die Verhältnisse ganz wesentlich geändert. Soweit sich übersehen läßt, wird dem auch in den Zahlstellen jetzt Rechnung getragen.

Die Ausgaben für Unterstützungen waren im ersten Kriegsjahr 1914 wesentlich höher als 1913, dann sind sie stark gesunken. Das erklärt sich daraus, daß einmal die Zuschüsse zu den Unterstützungen bei Streiks, die die Zahlstellen stark belasten, weggefallen sind und zum andern infolge der Verringerung auf dem Arbeitsmarkte auch die sonstigen Unterstützungen zurückgingen. Geblichen sind nur die Zuschüsse zu der vom Vorstand gegebenen Weihnachtunterstützung. Um Mißverständnisse zu

vermeiden und Verdrehungen vorzubeugen, sei hier eingeschaltet, daß die eigentlichen Unterstützungsleistungen des Verbandes aus der Hauptkasse geleistet werden, also in den Abrechnungen der Lokalkassen nicht zum Ausdruck kommen. Was die Zahlstellen als Unterstützungen geben, geschieht freiwillig, über die im Statut vorgesehenen Leistungen hinaus.

Dieser Hinweis ist notwendig, weil die Presse der Gelben schon wiederholt den Versuch gemacht hat, aus der Rechnungslegung der Lokalkassen Schlüsse über die Leistungen des Verbandes abzuleiten.

Das Vermögen der Zahlstellen ist in der Kriegszeit nicht unerheblich gesunken. Ende 1913 hatten die Zahlstellen 1 025 295,26 Mkt. in ihren Kassen, Ende des Jahres 1916 nur noch 666 591,98 Mkt. Manche Zahlstellen haben ihre Bestände ganz aufgebraucht, bei andern sind sie wesentlich zusammengeschrunpft. Vielfach sind die als Bestand ausgewiesenen Summen auch auf Gewerkschaftshäuser oder andre Unternehmungen der Arbeiterschaft ausgeliehen und schwer oder gar nicht flüssig zu machen. Das hat in der Kriegszeit manche Zahlstelle in eine recht unangenehme Lage gebracht. Für die Zukunft wird mehr als früher darauf zu sehen sein, daß die Lokalkassen ihre Bestände sichern, zinsbar und so anlegen, daß sie auch abgehoben werden können, wenn sie gebraucht werden. Hoffentlich haben die Erfahrungen in der Kriegszeit in weiteren Kreisen des Verbandes zu der Ueberzeugung geführt, daß der Vorstand auf den Stützpunkt der Verbandstage mit seinem Streben, mehr Einfluß auf die Lokalkassen zu gewinnen, durchaus auf dem rechten Wege war. Woraus natürlich gewisse Folgerungen für die Zukunft zu ziehen wären.

Forderungen der Gewerkschaften zur Friedenswirtschaft.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat in Verbindung mit den christlichen Gewerkschaften, den Gewerkevereinen, der polnischen Berufsvereinigung und den Angestelltenverbänden eine Petition an den Bundesrat und den Reichstag gerichtet, in der die Forderungen der Arbeiter für die Friedenswirtschaft in der Verwaltung und Gesetzgebung zusammengefaßt sind. Wir geben das Wichtigste daraus hier wieder.

Wirtschaftliche Maßnahmen.

Es wird verlangt, daß die Versorgung mit Rohstoffen, die Einfuhr der wichtigsten Nahrungsmittel, die Begünstigung der Einfuhr von Futtermitteln sowie die Eingriffe, die für die Stärkung unserer Valuta notwendig sind, im Interesse der Arbeiter Berücksichtigung finden. Es wird zu diesen Forderungen begründend ausgeführt, daß von der Art dieser Regelung es vielfach abhängen wird, ob erhebliche Störungen in dem Wiederaufbau unres Wirtschaftens eintreten und wie die Arbeitsgelegenheit sich gestaltet. Es wird daher verlangt, die Berufung von Vertretern der Gewerkschaftsgruppen zur Mitarbeit im Reichskommisariat zur Uebergangswirtschaft. Diese Mitarbeit soll sich insbesondere erstrecken auf: Regelung und Kontrolle der gesamten Einfuhr und Ausfuhr von Waren bis zur Wiederkehr normaler Wirtschaftsverhältnisse; Ausschaltung der Konkurrenz und Beschränkung des Gewinns beim Einkauf von Waren im Auslande; Genehmigung der Wareneinfuhr bei Inlandsmangel; Kontrolle der Schifffahrt; sofortiger Ausbau der Binnenwasserstraßen; Verteilung der Rohstoffe und Halbfabrikate durch die für die einzelnen Industrien gebildeten Kriegsgesellschaften; Schaffung von Wirtschaftsamtern in den einzelnen Bundesstaaten; rechtzeitige Vorbereitung von öffentlichen Lieferungen und Arbeiten zur Hebung der gesamten Volkswirtschaft; Kontrolle aller Syndikate durch das Reichskommisariat. Die

Lebensmittelversorgung

wird nach dem Kriege noch mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben. Auf dem Auslandsmarkte werden alle europäischen Staaten als Käufer auftreten, um die geräumten Lager wieder zu füllen und den stark herabgedrückten Bedarf wieder auf eine normale Höhe zu heben. Diesen Bedarf wird die Weltproduktion nicht befriedigen können, ganz abgesehen davon, daß die Bewältigung des Transports nicht ohne Störung von staten gehen wird, da der verfügbare Schiffsraum fehlt. Deshalb wird die Versorgung des Marktes erst längere Zeit nach dem Kriege wieder in geregelte Bahnen kommen. Das bedeutet immer noch Mangel an Nahrungsmitteln, aber auch eine Tendenz zu hohen Preisen und übermäßiger Gewinnerzielung. Deshalb wird in der Petition verlangt, daß in der Nahrungsmittelversorgung Einrich-

tungen, die sich in der Kriegszeit bewährt haben, aufrechterhalten werden sollen. Darunter ist zu rechnen: Beibehaltung der Höchstpreise, Beschlagnahme und Rationierung, Strafbestimmungen gegen übermäßige Preisforderungen. Die Reichsgroßhandelsstelle, die Zentraleinkaufsgesellschaft und die mit ihr in Verbindung stehenden Gesellschaften, die zur Beschaffung von Nahrungsmitteln notwendig sind, sollen zunächst weiter bestehen bleiben. Ebenso muß das Verbot der Ausfuhr von Nahrungsmitteln bestehen bleiben, bis der ungehinderte Verkehr bei einer genügenden Versorgung des Marktes wieder möglich ist. Die Einfuhr von Vieh, von Nahrungs- oder Futtermitteln ist weiter zu begünstigen. Die Erzeugung von Nahrungsmitteln ist durch weitgehende Unterstützung zu fördern. Zu diesem Zwecke soll der Erwerb und die Ausnutzung von genossenschaftlich erworbenen und verwalteten Maschinen und Betriebseinrichtungen, die Beschaffung von künstlichem Dünger, Saatgut und Futtermitteln begünstigt werden. Jede Benachteiligung der Konsumvereine ist zu beseitigen. Für die

Arbeitsvermittlung

wird eine gesetzliche Regelung für das ganze Reich verlangt. Bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes soll die weitere Ausgestaltung und Festigung der Zentralstellen erfolgen, durch die ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu erzielen ist. Den aus dem Heeresdienst Entlassenen und den Hilfsdienstpflichtigen soll bei Annahme der Beschäftigung nach auswärts freie Fahrt gewährt werden, da voraussichtlich zahlreiche Personen ihre Arbeitsstätte wechseln müssen und die Mittel nicht dazu haben, um die Ueberbedelung vornehmen zu können. Da gegenwärtig nicht zu übersehen ist, welche Arbeitsgelegenheiten nach Abschluß des Krieges sich bieten, immerhin aber damit gerechnet werden muß, daß für einzelne Industrien es geraume Zeit dauern wird, ehe sie ihre Tätigkeit voll aufnehmen können, so ist diese Maßnahme besonders notwendig. Sie soll auch dazu dienen, daß dem deutschen Arbeiter ein Schutz gegen ausländische Konkurrenz gewahrt wird. Den ausländischen Arbeitern soll die Gelegenheit nicht genommen werden, in Deutschland Arbeit zu nehmen, zunächst mag aber dafür gesorgt werden, daß die deutschen Arbeiter Lohn und Brot bekommen. Bei der

Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen

ist vieles zu berücksichtigen. Die Auflösung der Kriegsteilnehmer, die in diesem Kriege aufgezogen sind, wird mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein. Wünsche auf sofortige und schnelle Entlassung werden daher allgemein und zahlreich sein. Kann die Militärverwaltung nicht in jedem Einzelfalle diesen Wünschen Rechnung tragen, so müssen aber für die Entlassung feste Grundsätze bestimmt werden. Für den Aufbau des Wirtschaftslebens ist es nötig, daß die Gewerbetreibenden, Werkmeister, Facharbeiter, Verwaltungsbeamte, kaufmännische Angestellte und das Bureaupersonal zu nächst entlassen werden, da deren Dienstleistung für das Zustandekommen der Betriebe von besonderer Wichtigkeit ist. Für einzelne Industrien wird eine Bevorzugung eintreten müssen, so für den Bergbau, die Eisenindustrie und das Verkehrswesen. Besonders der Bergbau und die Eisenindustrie bedürfen der geschilderten Kräfte, um die Produktion, sofort erheblich zu steigern, damit auch ein Ueberfluß an Waren zur Ausführung fertiggestellt werden kann. An das Verkehrswesen wird schon in der Uebergangszeit ein so gewaltiger Anspruch gestellt werden, daß sofort alle Kräfte freizugehen sind. Es ist daher im Interesse der Arbeiter zu erwarten, daß nicht ohne Zwang die Entlassung verzögert wird. Es ist durchaus verständlich, wenn alle, die nicht zur Friedensformation des Heeres gehören, auf ihre Entlassung dringen. Auch volkswirtschaftliche Gründe lassen es dringend geboten erscheinen, jede nutzbringende Arbeitskraft sobald als möglich wieder in Tätigkeit zu setzen und sie nicht brachliegen zu lassen. Daher darf kein Kriegsteilnehmer länger als militärisch absolut notwendig im Dienst gehalten werden. Die Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen muß nach dem Wohnort der Familie bzw. nach dem Arbeitsort erfolgen. Den Kriegsteilnehmern, die eine Familie zu versorgen haben, ist nach Möglichkeit die Wiedereinstellung in dem Betriebe, in dem sie vor ihrer Einberufung zum Heeresdienst beschäftigt waren, zu sichern. Ueber die Möglichkeit einer solchen Wiedereinstellung soll eventuell eine Schlichtungsstelle entscheiden. Die Mitgliedschaft in einer Betriebskrankenkasse muß auch bei einem Nichtwiedereintreten in die Beschäftigung aufrechterhalten werden können. Weiter werden in der Petition gefordert: Eine staatliche Arbeitslosenunterstützung für die vom Heeresdienst Entlassenen, Weiterzahlung der bisherigen Dienstbezüge für den vollen Monat zum Zwecke der Er-



ihre Arbeiter. Das kann und darf auf die Dauer nicht so weitergehen, wenn die Papierarbeiter und -arbeiterinnen mit ihren Familien trotz schwerer Arbeit nicht langsam, aber sicher zugrunde gehen wollen.

Schon treffen die Papierfabrikanten Vorbereitungen für die wirtschaftlichen Kämpfe nach dem Kriege. Auf seiner Vorstandssitzung am 12. Juni 1917 in Berlin hat sich der Arbeitgeberverband Deutscher Papier- und Zellstofffabrikanten auch mit der Frage der Wirtschaftsfriedenszeit befaßt.

Allenthalben stärken die Arbeiter ihre wirtschaftlichen Organisationen, um in der kommenden Friedenszeit gerüstet den wirtschaftlichen Kämpfen entgegenzutreten zu können.

Deshalb heißt es für unsre Freunde in der Papierindustrie, die Zeit auszunutzen und eifrig Mitglieder für den Verband zu werben.

Lohnforderungen der Werkmeister in der Berliner Papierindustrie.

Die Ortsgruppe Berlin des Werkmeisterverbandes für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufe hat in ihrer Sitzung am 23. Juni d. J. einstimmig beschlossen, für alle Werkmeister im Ortsbezirk Groß-Berlin eine Mindestgehaltsgrenze von 300 M. monatlich zu fordern.

Bei einem Gehalte von bisher 300 M. . . . . 20 v. H. über 300 " . . . . . 15 " " " " " 350 " . . . . . 10 " " " " " 400 " . . . . . 5 "

Überstunden, wenn solche nicht zu vermeiden sind, sollen entsprechend dem Gehalt wochentags mit 25 v. H. Ausschlag, Sonn- und Feiertags mit 50 v. H. Ausschlag bezahlt werden.

Verschiedene Industrien

Kritische Bemerkungen zum Seifenmonopol

macht das Korrespondenzblatt der Generalkommission. Es knüpft an unsern Bericht über die Bildung des Monopols und die Auflösungen dazu an und schreibt dann:

„Seiner sind die kritischen Bemerkungen des „Proletariats“ nicht unbefugt. Bei dem im Reichsamt des Innern vorherrschenden reaktionären Geiste, der seit dem Weggang Delbrücks bzw. während der Kriegsjahre hinsichtlich der Arbeiterfragen den kapitalistischen Herdenfuß kaum mehr zu verfehlen pflegt, ist es verständlich, wenn das maßgebende Arbeiterblatt der chemischen Industrie von seinem Standpunkte dem neuen Seifenmonopol kritisch gegenübersteht.“

Die Hoffnungen des „Korrespondenzblattes“ haben sich leider nicht erfüllt. Der Ausschuss ist inzwischen gebildet und ausschließlich mit Unternehmern besetzt.

Eine Aufseherin aus besserem Stande.

Manche Unternehmer nehmen mit Vorliebe die Aufsichtspersonen für ihre Betriebe aus jenen Kreisen, von denen bekannt ist, daß sie mit der Arbeitererschaft in keinem besonders freundschaftlichen Verhältnis stehen.

Der neue Wirtschaftsplan.

Trotz aller Mühe scheinen wir jetzt den Anschluß an die neue Ernte allmählich zu gewinnen. Damit sind jedoch die Ernährungsschwierigkeiten noch nicht behoben.

Die neue Reichsgetreideordnung beschlagnahmte zum ersten Male nicht nur Brotgetreide, sondern auch Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Buchweizen und Hirse reiflos und unterstellt ihre Verwendung vollständig der Reichsgetreidestelle.

Ebenso bedeutungsvoll wie diese Wirtschaftsvorschriften ist die neue Kontrollmaßnahme der Wirtschaftskarte. Für jeden landwirtschaftlichen Betrieb hat der Kommunalverband in Zukunft eine Wirtschaftskarte auszustellen, in die eingetragen werden muß:

Bringt man die nötige Energie dafür auf, die Verwaltungsbehörden namentlich in Preußen zu entsprechend kräftiger Durchführung der gegebenen Bewirtschaftungsregeln anzuhelfen, dann kann ein erheblicher Teil der Klagen über allzu reichliche Einbindung der Selbstverpächter und jammervolle Verachlässigung der Städte der Welt geschäftet werden.

Wir brauchen keine Sonderorganisation der Kriegsteilnehmer.

Im Dezember 1914, als der Krieg noch nicht allzu lange dauerte, brachte ich in einer Sitzung unter anderem auch diese Frage auf, ob es nicht gut sei, nach dem Kriege eine Sonderorganisation für die Kriegsteilnehmer zu gründen, um den Kameraden Gelegenheit zu geben, gegenseitig ihre Erlebnisse austauschen zu können.

Hoffentlich ist diese Frage hiermit abgetan, und wir sind uns alle klar, daß jede Sonderorganisation nur schädigend wirkt, da wir nach dem Kriege ganz andere Sorgen zu regeln haben als Sonderorganisationen für Kriegsteilnehmer zu gründen.

Genossenschaftsbewegung.

Die Eigenerzeugung der G.-E.-G. im Jahre 1916.

In dem der Generalversammlung der Großkontaus-Gesellschaft deutscher Konsumvereine vorgelegten Jahresbericht lesen wir folgendes:

merkenswerte Angaben über die Gestaltung der Eigenerzeugung im Jahre 1916. Es heißt darin:

Die Produktionsbetriebe standen im Berichtsjahre in verstärktem Umfange unter dem Einfluß kriegswirtschaftlicher Maßnahmen. Zahlreiche Verordnungen haben die Erzeugung ganz wesentlich beeinflusst.

Table with 2 columns: Factory name and production value. Includes Seifenfabrik Düsseldorf, Seifenfabrik Gröba, Leinwandfabrik, etc.

Beschäftigt wurden insgesamt 1420 Personen. Die gesamte Tabakindustrie litt im abgelaufenen Jahre wesentlich mehr unter den fortgesetzten Preissteigerungen des Rohabakts und der sonstigen Materialien als in den beiden ersten Kriegsjahren.

Das Kriegsjahr 1916 brachte für die Seifenindustrie große Umwälzungen. Durch die im Januar erfolgte Ablieferung der für die Speiseeizellindustrie beschlagnahmten Teile und Fette (insgesamt lieferten unsere beiden Fabriken rund 550 000 Kilogramm ab) sowie durch die Verordnung vom 6. Januar 1916, nach der pflanzliche und tierische Öle und Fette zur Herstellung von Seife nicht mehr verarbeitet werden dürfen, sahen wir uns gezwungen, die uns noch verbleibenden Rohmaterialien möglichst zu freuden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

25 Jahre Töpferverband.

Dieser Tage konnte der Zentralverband der Töpfer auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Am 1. Juli 1892 begann er seine Tätigkeit, stark angefeindet von der lokalistischen Richtung, welche unerquicklicher Kampf sich noch jahrelang hinzog und erst um die Wende des vorigen Jahrhunderts zugunsten des Verbandes zu Ende ging.

Der eigentliche Aufstieg des Verbandes begann erst im Jahre 1899. In diesem Jahre beschränkt er den Weg der Unterstützungseinrichtungen und zog daraus neue Werbe- und Kampfeskräfte.

Abgegeben vom Abwehrtitel der Berliner Töpfer im Jahre 1907, der 136 000 Mark Kosten verursachte, hatte dann in der Folgezeit der Verband besonders opferreiche Kämpfe nicht mehr zu bestehen.

Trotzdem ist das Geffüge des Verbandes an seinem Jubiläumstage ein festes und gutes und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Am Schluß des Jahres 1914 hatte die Organisation ein Verbandsvermögen von 333 000 Mark. Dieser gute Bestand hat sich trotz bedeutender Zuwendungen an die Familien der Kriegsteilnehmer und an diese selbst nur unwesentlich verringert; er betrug am Jahresschluß trotz dieser Zuwendungen in Höhe von circa 63 000 Mark und obwohl bereits längst für die Mitglieder wieder das alte Friedensstatut volle Geltung hat, am Jahreschluß 1916 noch rund 306 000 Mark.

So hat der Verband während seines 25jährigen Bestehens recht Erprobung erfahren. Seinen Mitgliedern hat er Millionenwerte in Gestalt höherer Löhne verschafft, die lange Arbeitszeit beseitigt, viel Proletariatsnot gelindert und Wissen und Bildung gepflegt.

Die Nummer 27 des Organs des Töpferverbandes, „Der Töpfer“, das gleichfalls nunmehr 25 Jahre seines Bestehens vollendet und den Verband getreulich in Freund und Feind begleitet hat, ist jedoch in guter Ausstattung, 16 Seiten stark, als Festschrift herausgegeben.

Berichte aus den Zählstellen.

Dresden. (Halbjahresbericht.) In dem erstenlichen Aufschwung und den Erfolgen unres Verbandes hat auch die Zahlstelle Dresden einen nennenswerten Anteil. Obgleich die Ungunst der Verhältnisse den Lebenshaltung der Arbeitererschaft weiter erschwert, oder vielmehr in vielen Fällen auch gerade deshalb, ist es gelungen, schöne agitatorische Erfolge zu erzielen, und die Lebensbedingungen durch Lohn- und Lernungszulagen wesentlich zu verbessern.

Wenn wir die Ungunst der Verhältnisse berücksichtigen und erwägen, daß ganze Industriegebiete, wie die Ziegel-Industrie, vollständig daniederliegen, andre, wie die Zementwaren-Industrie, nur teilweise beschäftigt

waren, einige Betriebe durch den Krieg von Dresden auszuwandern, und wieder in andern die Zahl der Beschäftigten erheblich zurückging.

Betrübend war auch der Verlauf der geführten Lohnbewegungen, womit nicht gesagt sein soll, daß die Unternehmer ohne weiteres in Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung getragen hätten.

In der M o s k o w a (photographische Papierfabrik) wurde an Stelle einer öfter wiederholenden doppelten Lohnzahlung eine Teuerungszulage von 16 bis 17 Prozent bewilligt.

Bei der Wiederaufnahme des Betriebes der Strohhüttenfabrik in Köditz, die den Betrieb zur Herstellung von Holzstoff umgestellt hat, wurden ganz erhebliche Lohnaufbesserungen vorgenommen.

Der Firma von Seyden, chemische Fabrik, übermittelten wir Ende des Jahres 1916 das Ersuchen, die Grundlöhne um 15 Prozent zu erhöhen.

Die Arbeiterin der Konjunkturfabrik Dr. L. Raumann beantragte die Verabschiedung einer Erhöhung der Löhne herbeizuführen. Die Firma lehnte Verhandlungen ab, und wir übergaben die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß.

Bei der Firma S a p i e d e r (Gummivarwarenfabrik) erhielten wir durch Verhandlungen mit der Betriebsleitung eine Zulage von 2,50 Mk. für Arbeiter unter 16 Jahren, 3 Mk. für Arbeiter über 16 Jahre; junge Mädchen unter 16 Jahren erhalten 2 Mk. und Frauen über 16 Jahre 2,50 Mk. pro Woche.

In der Deutschen Kautschukfabrik forderte die Arbeiterschaft Erhöhung der Grundlöhne um 20 bis 25 Prozent. Die Firma gewährte nur einen kleinen Teil der Arbeiterschaft ungenügende Zulagen.

Bei der Firma S a p i e d e r (Seifenfabrik) erhielten die Arbeiter eine Zulage von 11, die Frauen eine solche von 5 Pf. pro Stunde. Die Firma G a e b l e r (Seifenfabrik) erhöhte die Stundenlöhne der Männer um 5 Pf., die der Frauen um 3 Pf.

Bei der Firma S a p i e d e r (Seifenfabrik), dessen Inhaber Herr B r a u n s o n n e, von dem Bursche eine eigenartige Auffassung an dem Tag hat, setzen wir zur Zeit noch im Kampf zur Erreichung annehmbarer Löhne. Aus die Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Pf. zu erhöhen und so den in andern Seifenfabriken üblichen anzupassen.

Bei der Firma S a p i e d e r (Seifenfabrik), dessen Inhaber Herr B r a u n s o n n e, von dem Bursche eine eigenartige Auffassung an dem Tag hat, setzen wir zur Zeit noch im Kampf zur Erreichung annehmbarer Löhne. Aus die Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Pf. zu erhöhen und so den in andern Seifenfabriken üblichen anzupassen.

Bei der Firma S a p i e d e r (Seifenfabrik), dessen Inhaber Herr B r a u n s o n n e, von dem Bursche eine eigenartige Auffassung an dem Tag hat, setzen wir zur Zeit noch im Kampf zur Erreichung annehmbarer Löhne. Aus die Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Pf. zu erhöhen und so den in andern Seifenfabriken üblichen anzupassen.

Bei der Firma S a p i e d e r (Seifenfabrik), dessen Inhaber Herr B r a u n s o n n e, von dem Bursche eine eigenartige Auffassung an dem Tag hat, setzen wir zur Zeit noch im Kampf zur Erreichung annehmbarer Löhne. Aus die Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Pf. zu erhöhen und so den in andern Seifenfabriken üblichen anzupassen.

### Zum Heeresdienst eingezogene Kollegen, die zur Arbeit beurlaubt werden,

müssen unverzüglich (spätestens innerhalb 14 Tagen) bei der Zahlstelle wieder ihre Mitgliedschaft anmelden, wenn sie nicht ihre vor der Einziehung erworbenen Rechte an den Verband verlieren wollen.

### Aus dem Heeresdienst entlassene Kollegen

müssen sich innerhalb 14 Tagen wieder als Mitglieder anmelden, andernfalls verlieren sie ihre alten Rechte und müssen als neue Mitglieder eintreten. Wer die Wiederanmeldung versäumt, hat bei Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. keinerlei Ansprüche an den Verband.

Eine interessante Bewegung führten wir in der chemischen Fabrik von G e h e u. o. Die Arbeiterschaft beauftragte den Ausschuß, mit der Firma wegen Erlangung einer Erhöhung des Grundlohns um 25 Prozent in Verhandlung zu treten.

In ganz überflüssiger Weise erließ die Firma einen Anschlag, in dem sie die neue Bewilligung dankbar und einen starken Ausfall gegen den Verband sich erlaubte, den wir an anderer Stelle besprochen werden.

### Rundschau.

#### Im Zeichen der Neuorientierung.

Im „Berliner Tageblatt“ bespricht ein Jurist ein Urteil des preussischen Kammergerichts, das so recht zeigt, wie wenig selbst hochmögliche Richter in der harten Schule des Krieges gelernt haben.

Ein minderjähriger Arbeiter L. in Barmen wurde, weil er die Versammlungen eines von ihm gegründeten Jugendbildungsvereins nicht angemeldet hatte, vom Schöffengericht zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt.

So weit hätte die Sache nichts Auffälliges. Aber auf Grund dieser Tatsache verurteilt das Kammergericht in Barmen die Unterbringung des L. in Fürsorgeerziehung, und als Grund für diesen Beschluß wurde die politische Ueberzeugung des L. angegeben.

Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet es als eine Ungehörlichkeit, daß eine politische Gesinnung als sittlicher Mangel bezeichnet wird. Das Kammergericht verlangt durch sein Urteil, daß die politische Gesinnung der Minderjährigen der jeweils herrschenden Richtung angepaßt werde.

Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet es als eine Ungehörlichkeit, daß eine politische Gesinnung als sittlicher Mangel bezeichnet wird. Das Kammergericht verlangt durch sein Urteil, daß die politische Gesinnung der Minderjährigen der jeweils herrschenden Richtung angepaßt werde.

Als die Kriegsdauer noch nicht nach Jahren gerechnet wurde, waren die Kriegsbefähigten Gegenstand allgemeiner Sorge und Aufmerksamkeit. Sie für ihre ausgebliebenen Schmerzen und Leiden und für die Einbuße an Erwerbsfähigkeit ausreichten zu entschuldigen, wurde allgemein als heilige Pflicht des Vaterlandes bezeichnet.

in welcher auf eine lehrreiche Statistik hingewiesen wird, die kürzlich in der Rheinprovinz aufgenommen wurde. Hiernach erhält ein b l l i g erwerbsunfähiger Kriegsinvalide mit Familie im Durchschnitt monatlich 67,80 Mk. an Rente; auf jedes Familienmitglied kommt im Durchschnitt ein Monatsbetrag von 15,70 Mk.

Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge erwartet, daß eine Erhöhung der Renten eintreten wird. Wann und in welchem Umfang sie erfolgt, steht aber noch nicht fest, und deshalb will der Ausschuß eine große Sammlung veranstalten, um die Rente durch Almosen ergänzen zu können.

Gegen diesen Plan wendet sich mit Recht die Arbeiterpresse, voran der „Vorwärts“. Er meinte, es sei durchaus nicht zu begrüssen, wenn für die Lebenden, verarmten Opfer des Krieges gesammelt werden sollte. Niederdrückend und beschämend wäre das. Die Kriegsbefähigten hätten vielmehr einen Gläubigerspruch an die Allgemeinheit geltend zu machen.

Der Reichsausschuß versuchte dann, in einer Zuschrift an die Presse, den üblen Eindruck seines Sammelauftrags zu verwischen, hatte damit aber wenig Glück. Es ist auch wirklich nicht erfindend, daß man sich nicht geniert, schon jetzt den Battelfuß zu schwingen für die Krieger, die ihre gesunden Glieder für das Reich geopfert haben.

#### Noch einmal „Zammerbriefe“.

Im Nr. 24 unreser Verbandsorgans schreibt Kollege S a m p r e c h t einiges zu der Notiz über Zammerbriefe. Er meint, daß Zeitungen aller Richtungen von Zeit zu Zeit Artikel losließen über Zammerbriefe und legt dieses Wort so aus, daß die Ehefrauen an ihre Männer im Felde nicht die Wahrheit schreiben sollten.

Im Anschlag an diese Zeilen wendet Kollege S c h r e i n e r sich dann noch gegen die Gründung einer Organisation für Kriegsteilnehmer oder Kriegsbefähigte mit der Begründung, daß alle Aufgaben, die eine solche Organisation sich stellen kann, von den G e w e r k l a f t e n mit erledigt werden könnten. D. R.

#### Gelbe Wahrheiten.

„Wenn zwei sich streiten, erfährt der Dritte die Wahrheit“, sagt ein altes Sprichwort. Daran wird man erinnert bei dem Streit zwischen den beiden Richtungen der Gelben. Die „Arbeitsmacht“, ein Organ des Bundes deutscher Werbervereine, der sogenannten Essener Richtung, verurteilt kürzlich, dem „Kartellverband deutscher Werbervereine“, das ist die Berliner Richtung, die Wiedervereinigung schmackhaft zu machen.

Wir haben genügend Beweise in Händen für unsere Behauptung, daß der Bund deutscher Werbervereine keine unabhängige Arbeiterbewegung ist, sondern gegründet, geleitet und kontrolliert ist von Beamten und Beauftragten der westdeutschen Schwerindustrie.

### Verbandsnachrichten.

Vom 3. Juli 1917 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Uelzen 39,62. Tangermünde 803,03. Kuppersteg 626,26. Königs-Lutter 417,74. Blankenburg 350,28. Schöningen 240,64. Kolberg 200,94. Neuhaldensleben 191,17. Gelsenkirchen 113,13. Greifenhagen 104,80. Treuenb.: von 81,14. Großbeften 56,44. Langenjala 45,07. Malchow 31,06. W r a 29,46. W i n t e r d o r f 22,54. Neumarkt i. Schl. 14,—. Rüdge 12,66. Nordhausen 6,43. Bonn 5,35. Stuttgart 962,92. Vaagen 360,40. Hönningen 335,95. Wolbeck 167,17. Heegermühle 157,36. G r i c h 113,83. J a g n i d 84,—. Nienburg a. d. W. 77,91. Westerland 60,61. Rendsburg 47,98. Wehlau 41,09. Altlußheim 26,64. Fried- und i. Schl. 22,35. Althaldensleben 21,94. Quedlinburg 18,93. Niederbachsweeren 14,56. B r e s l a u 3090,88. Effen 917,97. Wedel i. S. 156,17. W r i e z e n 24,—. Kiel 1678,91. S. 1480,—. Nordenham 401,80. Gennisdorf 400,—. Reiz 143,53. Wittenberge 63,66. Osterwied 57,93. Altrup 49,95. Jauer 32,33. Glogau 22,22. Rejtin a. S. 19,85. S a 30. S. 18 366,90. Braunschweig 6092,22. Harburg 1263,75. Walsrode 500,48. Goldberg 101,61. Schweidnitz 59,62. Annaburg 57,89. Köln 31,—. Herzfelde 29,07. Kairin 19,85. Neubrandenburg 9,70. Bitterfeld 810,77. Borby 823,72. Hildesheim 714,23. Staßfurt 548,52. Kassel 495,57. Würzen 391,84. Schleiditz 332,11. Kalbe 282,49. Ertur 253,06. Rappenburg 237,63. Bellen 208,88. Waldheim 196,53. Kolberg 180,—. Ansbach 178,81. Kolditz 177,08. Gotha 176,97. Ohrdruf 123,43. Gütrow 101,63. Ludenwalde 73,28. Grämburg 39,88. Korbach 20,10. Schönebeck 16,85. Lausitz 5,20. Stuttgart 2,25.

Schluß: Montag, den 9. Juli, mittags 12 Uhr. H. Riemeyer.

#### Die Abrechnung für das 2. Quartal 1917 haben eingelaufen:

- Uelzen, Tangermünde, Malchow, Stuttgart, Großbeften, Wolbeck, Blankenburg, Langenjala, Neumarkt i. Schl., Alstedt, Königs-Lutter, Altlußheim, Treuenbriegen, Effen, Gelsenkirchen, Neuhaldensleben, Heilbronn, Weizsäcker, Heegermühle, Bonn, Rüdge, Reichenau, Rendsburg, Wägen, W r i c h i. S., J a g n i d, R i b, i. M e d e n, Friedland i. Schl., Wehlau, Hönningen, Kolberg, Niederbachsweeren, G r i c h, Quedlinburg, G r i c h - G r e n z h a u s e n, Althaldensleben, D r i e z e n, W r i e z e n, N a r m e n, B i t t e r f e l d, Herzberg, Glandau, Harburg a. d. E., Wälkau i. E., S a e l, Westerland, Vaagen, Braunschweig, Nürnberg, Kiel, Glogau, Alrup, Wittenberge, Oberroslar, F r i t z, Schweidnitz, K r a f t d a t, Ostwied, Brundauß, Reiz, Radeburg, Annaburg, Kairin, Schweidnitz, Goldberg, W r i e z e n, Staßfurt, Neubrandenburg, Nienburg, Gennisdorf, Rejtin, Herzfelde, B r e s l a u, Treuenbriegen, Leipzig, Schönebeck, Ludenwalde, Wismar, Radeberg i. Schl., Bielefeld, Grämburg, Borby, Kassel, Ertur, Gütrow, W r e c a n e, Rappenburg, Auerbach i. S., Kalbe, W i n t e r d o r f, K o l b i z, Schandig, Z l e n s b u r g, H i l d e s h e i m, Lausitz (Bad), Radeburg, Alfeld, Schandig.